



Koalitionsbedingungen zur **Nationalratswahl 2017**

**Damit der Aufschwung
bei allen ankommt**

3 Mrd. Euro weniger Steuern auf Arbeit dafür Schluss mit Steuerprivilegien und Sonderrechten für Großkonzerne

Fast zwei Drittel aller Einnahmen im Steuersystem kommen vom Faktor Arbeit. Damit das Schaffen von Arbeitsplätzen attraktiver wird, werden wir diesen Anteil senken. Finanzieren werden wir diese Entlastung, indem wir endlich die Steuerumgehung von Großkonzernen stoppen und auch Starbucks, Google & Co. ihren fairen Anteil an der Finanzierung des Sozialstaats leisten. Wir werden zudem nicht zulassen, dass der Sozialstaat durch die zunehmende Robotisierung gefährdet wird und eine entsprechende Steuerstrukturreform mit dem Ziel, Arbeitseinkommen zu entlasten, auf den Weg bringen. Es muss für alle Unternehmen das gleiche Recht gelten – ohne Ausnahme. Das heißt auch, dass wir möglichen Sonderklagsrechten von Großkonzernen im Rahmen von Handelsabkommen nicht zustimmen werden.

1.500 Euro Mindestlohn und die ersten 1.500 Euro steuerfrei bis 2019

Zu viele ArbeitnehmerInnen – vor allem Frauen – gehen derzeit für weniger als 1.500 Euro Vollzeit arbeiten. Das werden wir ändern. Denn wer den ganzen Tag arbeitet, soll auch davon leben können. Daher muss der Mindestlohn für Vollzeitarbeit in allen Branchen auf mindestens 1.500 Euro angehoben werden. Doch das ist nicht genug: Damit sich das auszahlt, wollen wir alle Einkommen bis 1.500 Euro brutto/Monat steuerfrei machen. Das entspricht einer Steuerentlastung von über 500 Euro jährlich – für alle SteuerzahlerInnen!

Rechtsanspruch auf Ganztags-Kinderbetreuung ab dem vollendeten 1. Lebensjahr ab 2020

Der flächendeckende Ausbau einer ganztägigen und hochwertigen Kinderbetreuung ist in vielerlei Hinsicht wichtig: Damit sich Beruf und Familie vereinbaren lassen. Damit Integration gelingen kann. Damit das volle Potenzial unserer Kinder bereits frühestmöglich gefördert wird. Dieses Ziel erreichen wir durch den Rechtsanspruch auf Ganztags-Kinderbetreuung ab dem vollendeten 1. Lebensjahr, selbstverständlich freiwillig und ohne Zwang.

5.000 LehrerInnen und 2.500 PolizistInnen in Österreichs Brennpunktklassen und auf unseren Straßen ab 2020

Durch die Bildungsreform wollen wir die organisatorischen Voraussetzungen für bessere Schulen schaffen. Der nächste logische Schritt ist, dafür zu sorgen, dass es auch die notwendigen Mittel dafür gibt. Am wichtigsten dabei sind Lehrerinnen und Lehrer, die in den Klassen mit unseren Kindern arbeiten. Darum werden wir Schulen mit besonders großen Herausforderungen zusätzliche LehrerInnen zur Verfügung stellen. Das sind in Summe rund 5.000 LehrerInnen, die unseren Kindern echte Chancen bieten.

PolizistInnen sollten ihre Zeit nicht mit bürokratischen Formularen zubringen müssen, sondern sich um die Anliegen und die Sicherheit der BürgerInnen kümmern. Das geht nur mit entsprechenden Investitionen in Personal und Ausstattung. Unser Ziel ist, dass 2.500 PolizistInnen mehr auf unseren Straßen nach dem Rechten sehen – und dabei über eine zeitgemäße Ausrüstung verfügen. Denn die Sicherheit der Menschen hat für uns absolute Priorität.

Pflegeregress abschaffen und durch Steuer auf Erbschaften über 1 Mio. Euro finanzieren

In Österreich gibt es heute eine 100%ige Erbschaftssteuer, denn wer krank ist und gepflegt werden muss, kann am Schluss alles verlieren: Haus oder Wohnung, Sparbuch und Bausparer. Diesen „Eigenregress“ schaffen wir ab. Damit sich in Zukunft niemand mehr davor fürchten muss, eines Tages auf Pflege angewiesen zu sein. Finanzieren werden wir das über eine gerechte Erbschafts- und Schenkungssteuer für Erbschaften über einer Million Euro.

Sichere Pensionen für alle statt Pensionsprivilegien für einige wenige

Das öffentliche Pensionssystem funktioniert seit über 70 Jahren und sichert ein gutes Einkommen im Alter – heute und in Zukunft. Wir werden die demografische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte sozial gerecht bewältigen und die drohende Altersarmut für Teilzeitbeschäftigte, Eine-Person-Unternehmen und andere konsequent bekämpfen. Was wir aber nicht tolerieren, sind Pensionsprivilegien für einige wenige.

Verwaltung modernisieren, Verschwendung beenden durch Volksabstimmung über das Prinzip „1 Aufgabe, 1 Zuständigkeit“

Die größte bürokratische Geldvernichtungsmaschine unseres Landes ist die viel zu komplizierte Verteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern. Wir wollen dieses Kompetenz-Wirrwarr im Sinne des Prinzips „1 Aufgabe, 1 Zuständigkeit“ entflechten. Das ist ein großes Vorhaben, aber machbar. Durchsetzen werden wir das über einen breiten Diskussionsprozess nach Schweizer Vorbild, an dessen Ende eine verbindliche Volksabstimmung steht.